

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Lukrezia Jochimsen, Katja Kipping, Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/2499 –

Bundespolitik soll im Streit um die Waldschlösschenbrücke vermitteln

A. Problem

In Dresden soll eine Straßenbrücke über die Elbe gebaut werden. Wird das Bauprojekt in seiner beschlossenen Form verwirklicht, droht der Stadt die Aberkennung des dem Dresdner Elbtal verliehenen UNESCO-Weltkulturerbe-Titels. Mit Hilfe des Antrags soll die Bundesregierung aufgefordert werden, in dem Streit um das Brückenprojekt zu vermitteln, um den Welterbetitel zu erhalten und eine Alternativlösung für die Brücke zu finden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/2499 abzulehnen.

Berlin, den 1. März 2007

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Vorsitzender

Maria Michalk
Berichterstatterin

Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Berichterstatter

Christoph Waitz
Berichterstatter

Dr. Lucrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Katrin Göring-Eckardt
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Maria Michalk, Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Christoph Waitz, Dr. Lukrezia Jochimsen und Katrin Göring-Eckardt

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/2499** wurde in der 47. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. September 2006 dem Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung und dem Auswärtigen Ausschuss und dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Mit dem Antrag auf Drucksache 16/2499 wird die Bundesregierung aufgefordert, in dem Streit um den Brückenbau in Dresden vermittelnd einzugreifen und eine Alternativlösung zur geplanten Elbquerung „Waldschlösschen“ zu finden, die den Status des Dresdner Elbtals als Weltkulturerbe der UNESCO nicht in Frage stellt. Da das Land Sachsen beim Bau der Waldschlösschenbrücke auch über Bundesmittel entscheidet, sei die Bundesebene gefragt, schlichtend einzugreifen. Die UNESCO-Konvention enthalte außerdem völkerrechtliche Verpflichtungen, die Bund, Länder und Kommunen im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu erfüllen hätten. Die Bundesregierung muss nach Auffassung der Antragsteller notfalls gerichtlich von Sachsen einfordern, seine völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, selbst wenn sich die Stadt Dresden für den Bau der Waldschlösschenbrücke und gegen den Status des Weltkulturerbes entscheiden sollte.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** empfahl in seiner Sitzung am 29. November 2006 Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfahl am 8. November 2006 ebenfalls Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss für Kultur und Medien

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag in seiner Sitzung am 20. September 2006 erstmals beraten und eine Stellungnahme der Bundesregierung sowie der Stadt Dresden zum Stand der Planungen für die Brücke sowie zu den Möglichkeiten einer Lösung des Streits eingeholt. Außerdem hat der Ausschuss am 28. September 2006 zu einem informellen Gespräch mit allen Beteiligten eingeladen, um die Möglichkeiten für einen Kompromiss auszuloten. Eine weitere Beratung des Themas hat der Ausschuss sodann vom Verlauf der gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen der Stadt Dresden und dem dortigen Regierungspräsidium abhängig gemacht. Das Oberverwaltungsgericht Bautzen hatte den Beteiligten am 8. November 2006 eine außerge-

richtliche Einigung empfohlen und dafür Zeit bis Januar 2007 gegeben.

In seiner 26. Sitzung am 31. Januar 2007 befasste sich der Ausschuss abschließend mit der Vorlage und empfahl Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/2499 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielten sich der Stimme.

Der Ausschuss informierte sich zunächst über den Ausgang des Mediationsverfahrens und die Empfehlungen der Sachverständigengruppe. Um die Situation anschaulich zu machen, wurde zudem ein kurzer Film gezeigt, der in einer Computersimulation die Stadt Dresden und die Elbauen nach dem Bau der Brücke darstellte.

Die **Fraktion der CDU/CSU** machte deutlich, dass sie aus Respekt vor einem laufenden rechtsstaatlichen Verfahren in der Sache nicht Stellung nehmen könne. Nachdem das Mediationsverfahren nicht zu einer Lösung geführt und eine der Streitparteien erneut das Oberverwaltungsgericht Bautzen bemüht habe, gelte es, das Urteil abzuwarten und zu respektieren.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass es in dem Streit um die Elbquerung um mehr als um eine lokale Dresdner Frage gehe. Auf dem Spiel stehe vielmehr die Weltehrfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Vor diesem Hintergrund gaben die Mitglieder der SPD im Ausschuss für Kultur und Medien folgende Erklärung ab:

Im schriftlich niedergelegten Ergebnis zum Mediationsverfahren im Streit der Landeshauptstadt Dresden gegen den Freistaat Sachsen zum Bau der Waldschlösschenbrücke haben die Sachverständigen einhellig festgestellt: „Die geplante Waldschlösschenbrücke respektiert die gewachsene Kulturlandschaft nicht. (...) Die derzeitige Planung für die Waldschlösschenbrücke ist nicht durch Detailmaßnahmen verbesserbar.“ Das Mediationsverfahren wurde vom Sächsischen Oberverwaltungsgericht Bautzen angeregt.

Die Sachverständigen schlagen eine moderierte Perspektivenwerkstatt unter der Beteiligung von Politik, Verwaltung, Vertretern der Stadtgesellschaft, Fachwissenschaftlern und der UNESCO vor, um in diesem Verfahren verbindliche Grundlagen und Rahmenbedingungen für eine neue Planung festzulegen.

Im Ausschuss für Kultur Medien nahmen die Mitglieder der SPD-Fraktion diese Vorschläge der Sachverständigengruppe zur Kenntnis und begrüßten deren Bemühen um eine einvernehmliche Lösung. Auch wenn diese noch nicht gefunden werden konnte, eröffnet der Vorschlag die Chance für einen tragfähigen Konsens.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Ausschuss für Kultur und Medien unterstützten den Vorschlag der Experten, im Rahmen einer moderierten Perspektivenwerkstatt eine Lösung zu finden, die sowohl den Anforderungen und internationalen Verpflichtungen des Welterbes „Dresdner Elbtal“ als auch den dem Bürgerbegehren zu Grunde liegenden Wün-

schen gerecht wird. Ein drohender Verlust des Welterbestatus schadet der internationalen Glaubwürdigkeit Deutschlands im Bereich des Denkmalschutzes und im Hinblick auf seine Vertragstreue bei völkerrechtlichen Verpflichtungen. Ein Statusverlust hätte nicht nur für alle derzeitigen deutschen Welterbestätten sondern auch für zukünftige Bewerbungen erhebliche Folgen. Das wäre während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ein ausgesprochen negatives Signal.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Ausschuss für Kultur und Medien forderten daher alle Beteiligten auf, das Ergebnis der Sachverständigengruppe im Mediationsverfahren „Dresdener Walschlösschenbrücke“ zu akzeptieren und so bald wie möglich auf dem hierin vorgeschlagenen Verfahrensweg eine neue Lösung zu finden!

Die **Fraktion der FDP** erklärte, das Ergebnis der Mediation entspreche nicht den Ansprüchen, die an ein solches Vermittlungsverfahren zu stellen seien, da nicht widerstreitende Positionen versöhnt worden seien, sondern die beteiligten Sachverständigen lediglich einen neuen Standpunkt formuliert hätten. Allerdings sei dabei zu konstatieren, dass die

Streitparteien keinerlei erkennbaren Beitrag zum Verfahren geleistet hätten. Sie hätten die Mediation offenbar lediglich passiv über sich ergehen lassen.

In einer persönlichen Erklärung zur Abstimmung betonte ein Mitglied der Fraktion der FDP, die Entscheidung für die Brücke sei durch die Bürger Dresdens erfolgt, und die UNESCO habe Dresden den Welterbetitel in voller Kenntnis der Brückenbaupläne verliehen. Leider sei es nicht erlaubt worden, im Ausschuss einen Vermittlungsvorschlag zu präsentieren und zu erläutern.

Die **Fraktion DIE LINKE** wies darauf hin, dass ihr Antrag bereits im September 2006 vorgelegt worden sei und eigentlich fortzuschreiben wäre. Die Erklärung der SPD-Abgeordneten im Ausschuss leiste diese Fortschreibung, weshalb sich die Fraktion dieser Erklärung anschließe.

Auch die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** konstatierte Übereinstimmung mit der Auffassung der Sozialdemokraten und unterstützte die von diesen vorgebrachten Forderungen.

Berlin, den 1. März 2007

Maria Michalk
Berichterstatlerin

Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Berichterstatler

Christoph Waitz
Berichterstatler

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatlerin

Katrin Göring-Eckardt
Berichterstatlerin